

Ergänzungsteuer ist in Sachsen so ausgestaltet, daß sie nur wirtschaftlich geringe Beläge einträgt. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, mehr Steuern aufs Geradewohl und Unsummen zu verlangen, wir wollen nur mehr Mittel für Kulturaufgaben stiftigen. Es ist aber früher auf die Steuerumverteilung der bestehenden Kreise abgewiesen worden. Jetzt, nach den Ergebnissen des Wehrbeitrags, wird man die Richtigkeit dieser Ausführungen wohl nicht mehr zu bestreiten wagen. Infolge des Generalparsons hat sich herausgestellt, daß ein sehr großer Teil des Verwadens und Zustamms nicht berücksichtigt worden ist, so daß der Staat um große Summen betrogen worden ist und auch die Gemeinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist auch gesagt worden, daß die Wehrsteuer die besseren kleinen Städte belaste. Demgegenüber mag daran dagegen sein, daß Verluste gemacht werden sind, die Wehrsteuer abzuholen. Es hat ein Haushalter die Mieten vom den Beitrag gefestigt, den die von ihm zu entrichtende Wehrsteuer beträgt. Eine Veräußerungsgesellschaft hat die Bauländer erhalten wollen, um den Wehrbeitrag abzuzahlen. In Löbau hat ein Stadtverordneter, der auch Mitglied der Einschätzungskommission war, 31.000 M. hinterlegene Steuern nachzahlen müssen. (Hört, hört!) In Beuthen werden alljährlich viele Millionen Steuern mehr erhoben als belastet worden sind. Und so wird es nicht klug in Preußen sein. Auch in Sachsen liegen entgegen der Behauptung der Regierung die Verhältnisse schwierig, so daß ein Durchschnüren der großen Vermögen als ausgeschlossen gelten muß. Die Arbeitnehmer werden mit hoher und hohen eingezahlt. Die Verdienstlose sind also dazu angehalten, daß unter Achtung trotz des Widerspruchs der Regierung angenommen werden müßte. Blindekuß sollte aber der Antrag auf Beifall der beiden untersten Steuerklassen mit großer Mehrheit angenommen werden. Wir werden doch mal schauen, ob die Regierung mir immer die Courage haben wird, sich einen mit großer Weisheit von dieser nämlichen geplanten Weisheit zu widersetzen. Das Volk ist nicht wegen der Regierung da, sondern die Regierung liegt dem Volke! Die Autoren können durchgesetzt werden, wenn der gute Will vorhanden ist. (Bravo! bei den Soz.)

Aug. Roth (Gotha, Volksp.) hält es für bringend erwünscht, daß endlich dem Antrag auf Beifall der beiden untersten Steuerklassen durch Vorlegung eines Gesetzesentwurfs entsprochen werde, da sonst immer mehr der Elend und Verdrängung werden müßte, das sich interessierte Wähler gefallen machen. (Sehr richtig!) Die größten Gewaltigkeiten würden den Antrag wohl nicht vom Finanzminister besessen, sondern vom Minister des Innern, wegen des damit in Verbindung gebrachten Wahlrechts. Ein Mittelweg würde sich aber dann finden lassen.

Aug. Stiehlebe (Mühl.) glaubt nicht, daß sich für Sachsen durch den Generalparson zum Wehrbeitrag zuviel Steuerhinterziehung bemerkbar machen wird. Meiner Ansicht nach soll den Beifall der beiden untersten Steuerklassen aus, weil der Aufwand für die Einziehung in seinem Verhältnis zu den Erträgen nicht ist. Somit ist der Antrag Cotta zuviele man kann nicht geben. Die Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetzgebung nicht so lange hinausschieben.

Aug. Schöntied (Mül.) erklärt, daß seine politischen Freunde sowohl den Antrag Cotta als auch den Antrag Günther ablehnen, weil sie auf dem Standpunkt ständen, daß den Stadtbürgerlichen Rechten auch Wähler gegenübersetzen müßten.

Aug. Dr. Roth (Döbeln, Volksp.) tritt für eine Änderung des Ergänzungsteuergezuges in der Richtung ein, daß Wehrteile zu den gewerkschaftlichen Erzeugnissen abzugsfähig sein sollen.

Aug. Mentzel (ton) spricht zur Frage der Ausbildung der Landwehr.

Aug. Müller (Soz.):

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt, um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetzgebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Autorzimmler v. Sennberg: Eine Änderung des Einheitssteuergezuges sollte jetzt noch nicht in Frage kommen, da man erst die Wirkungen der neuen Reichssteuerabgabe abwarten muß. Die Regierung werde aber die Sache im Auge behalten. Bei den unteren Steuerklassen handelt es sich vielfach um junge Leute, die sehr gut Steuern zahlen könnten. (Sehr richtig! richtig.) Die Regierung muß unbedingt darauf feststellen, daß mit dem Beifall der Steuererleichterung auch der Verlust des Wahlrechts un trennbar verbunden ist. (Aug. Kleinhans: Warum denn?) Der Minister läßt sich dann

Ergebnisse des Wehrbeitrags in Sachsen aus. Abgelehnt sind danach 60.077 Steuerzahler zur Deflation aufgeführt worden. Davon haben 94,93 Prozent innerhalb der bestimmten Frist ihre Vermögenserklärung abgegeben, 2,9 Prozent haben um eine Verlängerung der Frist nachgefragt und 2,9 Prozent sind über diese Frist hinaus färmig gebildet. Die Rückverlängerung der Frist war also sehr gerechtfertigt. Was die Ertragsseite des Wehrbeitrags anbelangt, so werden sie nach der vorläufigen Abschöpfung in Sachsen etwa 8 über 75 Millionen Mark betragen. Dieses Ergebnis entspricht nicht ganz den gegebenen Erwartungen. Die Erträge der Einkommenssteuer werden um einen geringen Bruchteil höher sein als die des Vorjahrs. Man müsse jedoch bedenken, daß der Generalsatzung die Nachzahlung von Steuern ausdrücklich. Die goldenen Berge, die man sich auf gewisser Seite von den Wirkungen des Wehrbeitrags auf die höchsten Staatsbeamten versprochen habe, könne er leider nicht entdecken. Das beweist nur, daß die Stadtbürger schon länger in allgemeinen harter Steuerfahrt genötigt hatten. (Sehr wahr! richtig und in der Mitte.) Damit werde auch die zu agiotistischen Zwecken aufgestellte Behauptung widerlegt, daß die begüterten Kreise sich in größerem Umfang zum Schaden der unteren Bevölkerungsgruppen ihrer Steuerfreiheit entzogen hätten. (Bravo! bei den Bürgerlichen Baronen.) Gewiß seien Einzelfälle ganz bedeutender Steuerunterlastung an der Tag gekommen, sie seien aber nicht geachtet, den günstigen Einfluß, den im allgemeinen das Ergebnis des Veranlagungsverfahrens in dieser Richtung hervergeworfen habe, anzuschließen. Die Steuerzahler seien auch nicht in einem bestimmten Range zu finden, sondern verteilen sich auf alle Stände, auf Stadt und Land, auf reich und arm! (Zurecht! Arm!) Der Minister bemerkt dann noch, daß den Steuerbeamten für die mit dem Veranlagungsgezuge zum Wehrbeitrag verursachte Mehrarbeit eine besondere Entschädigung gewährt werden solle.

Hierauf wird das Abstimmungsergebnis abgestimmt. Der Antrag Cotta ist gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt, der Antrag Günther dagegen mit 48 gegen 27 (konkurrenz) Stimmen angenommen. Damit ist von der Kammer erneut der Beifall der beiden untersten Steuerklassen beschlossen worden. Zugleich der Petition gelangt der Deputationsantrag zur Annahme.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vorwiegend 11 Uhr. Tagesordnung: Universität Leipzig; die neue Landtagsordnung; Knapp-Gesetz.

Handel und Industrie.

Trüffel.

In den Kämpfen der Zigarettenfabriken wurde die Firma Batschari seit langem zu den Internehmungen des Tabaktrusts geholt. Gegen diese Einreichung protestierte die Firma Batschari und strengte schließlich gegen den Verband zur Abwehr des Tabaktrusts und den Verband der deutschen Zigarettenindustrie Klagen an, um in den Verhandlungen den Beweis zu erbringen, daß sie trüffel sei. Die Gerichte in Hamburg und Düsseldorf haben die Klagen der Firma Batschari abgewiesen. So hat ein Haushalter die Mieten vom den Beitrag gefestigt, den die von ihm zu entrichtende Wehrsteuer beträgt. Eine Veräußerungsgesellschaft hat die Bauländer erhalten wollen, um den Wehrbeitrag abzuzahlen. In Löbau hat ein Stadtverordneter, der auch Mitglied der Einschätzungskommission war, 31.000 M. hinterlegene Steuern nachzahlen müssen. (Hört, hört!) In Beuthen werden alljährlich viele Millionen Steuern mehr erhoben als belastet worden sind. Und so wird es nicht klug in Preußen sein. Auch in Sachsen liegen entgegen der Behauptung der Regierung die Verhältnisse schwierig, so daß ein Durchschnüren der großen Vermögen als ausgeschlossen gelten muß. Die Arbeitnehmer werden mit hoher und hohen eingezahlt. Die Verdienstlose sind also dazu angehalten, daß unter Achtung trotz des Widerspruchs der Regierung angenommen werden müßte. Blindekuß sollte aber der Antrag auf Beifall der beiden untersten Steuerklassen mit großer Mehrheit angenommen werden. Wir werden doch mal schauen, ob die Regierung mir immer die Courage haben wird, sich einen mit großer Weisheit von dieser nämlichen geplanten Weisheit zu widersetzen. Das Volk ist nicht wegen der Regierung da, sondern die Regierung liegt dem Volke! Die Autoren können durchgesetzt werden, wenn der gute Will vorhanden ist. (Bravo! bei den Soz.)

Aug. Roth (Gotha, Volksp.) hält es für bringend erwünscht,

dass endlich dem Antrag auf Beifall der beiden untersten Steuer-

klassen durch Vorlegung eines Gesetzesentwurfs entsprochen werde, da

sofort immer mehr der Elend und Verdrängung werden müßte, das sich

interessierte Wähler gefallen machen. (Sehr richtig!) Die größten

Gewaltigkeiten würden den Antrag wohl nicht vom Finanzminister

besessen, sondern vom Minister des Innern, wegen des damit in

Verbindung gebrachten Wahlrechts. Ein Mittelweg würde sich aber

dann finden lassen.

Aug. Stiehlebe (Mühl.) glaubt nicht, daß sich für Sachsen

durch den Generalparson zum Wehrbeitrag zuviel Steuerhinter-

ziehung bemerkbar machen wird. Meiner Ansicht nach soll den

Beifall der beiden untersten Steuerklassen aus, weil der Aufwand für

die Einziehung in seinem Verhältnis zu den Erträgen nicht ist. Somit

ist der Antrag Cotta zuviele man kann nicht geben. Die Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung nicht so lange hinausschieben.

Aug. Schöntied (Mül.) erklärt, daß seine politischen Freunde

sowohl den Antrag Cotta als auch den Antrag Günther ablehnen,

wie sie auf dem Standpunkt ständen, daß den Stadtbürgerlichen

Rechten auch Wähler gegenübersetzen müßten.

Aug. Dr. Roth (Döbeln, Volksp.) tritt für eine Änderung

des Ergänzungsteuergezuges in der Richtung ein, daß Wehrteile

zu den gewerkschaftlichen Erzeugnissen abzugsfähig sein sollen.

Aug. Mentzel (ton) spricht zur Frage der Ausbildung der

Landwehr.

Aug. Müller (Soz.):

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Ausführungen des Aug. Schöntied sind viel zu gewagt,

um ernst genommen zu werden. Der Anteil des Ertrages der beiden

untersten Steuerklassen ist viel zu gering, um den Staat beeinflussen

zu können. Wenn ja fehlt der Grundzustand von den Stadtbürgerlichen

Rechten und Wähler gegenübersetzen müßten. (Sehr richtig!) Die

Regierung sollte die in Aussicht gestellte Reform der Steuergesetz-

gebung hier einen einheitlichen Zustand herstellen. (Bravo! bei den Soz.)

gehören, bei Lieferungen 10 Prozent höhere Preise als den Verbandsmitgliedern bestehen, sollen die Lieferanten der Märkte wässerliche Fabrikate an, um in den Verhandlungen den Beweis zu erbringen, daß sie trüffel sei. Die Gerichte in Hamburg und Düsseldorf haben die Klagen der Firma Batschari seit langem zu den Internehmungen des Tabaktrusts gegahlt. Gegen diese Einreichung protestierte die Firma Batschari und strengte schließlich gegen den Verband zur Abwehr des Tabaktrusts und den Verband der deutschen Zigarettenindustrie Klagen an, um in den Verhandlungen den Beweis zu erbringen, daß sie trüffel sei. Die Gerichte in Hamburg und Düsseldorf haben die Klagen der Firma Batschari seit langem zu den Internehmungen des Tabaktrusts gegahlt. Gegen diese Einreichung protestierte die Firma Batschari und strengte schließlich gegen den Verband zur Abwehr des Tabaktrusts und den Verband der deutschen Zigarettenindustrie Klagen an, um in den Verhandlungen den Beweis zu erbringen, daß sie trüffel sei. Die Gerichte in Hamburg und Düsseldorf haben die Klagen der Firma Batschari seit langem zu den Internehmungen des Tabaktrusts gegahlt. G